

## **KURZ ERKLÄRT ZU UNSEREM ERFOLGREICHEN ANTRAG „KEINE BLOCKADE PARLAMENTARISCHER MEHRHEITSFINDUNG ÜBER UKRAINEHILFEN“**

Während Putin seine Angriffe auf ukrainische Städte, zivile Einrichtungen und die Stromversorgung ungehindert fortsetzt, stehen wir entschlossen an ihrer Seite. Denn die Ukraine verteidigt nicht nur sich selbst, sondern auch unseren Frieden, unsere Freiheit und unsere Zukunft in Europa. Nun hat die Ukraine Deutschland um mehr Unterstützung, vor allem dringend benötigte Luftverteidigungssysteme gebeten.

### **Wir könnten und sollten der Ukraine schnell die dringend benötigte Unterstützung zum Schutz vor russischen Drohnen- und Raketenangriffen bereitstellen.**

Wir Freie Demokraten haben heute im Deutschen Bundestag zur Abstimmung gestellt, den Weg für die dringend benötigten Luftverteidigungssysteme freizumachen – mit Erfolg: Den Putin-Handlangern von AfD-Fraktion und Gruppe Wagenknecht zum Trotz konnten wir erreichen, dass die Bundesregierung die parlamentarische Befassung nicht länger blockieren kann und stattdessen ein entsprechendes Paket vorlegen muss. Das war möglich, weil die SPD-Fraktion sich in dieser Frage enthalten und ihrem Kanzler damit die Gefolgschaft versagt hat.

### **Jetzt ist es an Olaf Scholz, über seinen Schatten zu springen und Staatsmann statt Wahlkämpfer zu sein. Bisher gründete er seine Blockade auf Lügen.**

Denn anders als der Bundeskanzler uns glauben machen will, muss für die Hilfe weder bei der Rente gekürzt noch die Schuldenbremse ausgehebelt werden. Ersteres ist schlicht Unsinn, letzteres wäre ein klarer Verfassungsbruch – inzwischen auch durch ein Gutachten bestätigt. Diese Klarstellung hat sich mit dem heutigen Beschluss auch der Deutsche Bundestag zu eigen gemacht.

**Für Scholz und die SPD-Fraktion ist die Ukraine nur ein Mittel zum Zweck.** Sie wollen Ängste bei Rentnerinnen und Rentnern schüren, sie gegen die notleidenden Menschen in der Ukraine ausspielen und den Krieg als Vorwand nutzen, um Raum für schuldenfinanzierte Sozialausgaben zu schaffen. Das ist schäbig!

### **Weitere Bestandteile des Beschlusses:**

Die für das Hilfspaket nötigen drei Milliarden Euro sollen noch vor der Bundestagswahl über eine sogenannte **außerplanmäßige Ausgabe** aufgebracht werden. Das ist haushaltspolitisches Tagesgeschäft und finanziell darstellbar – allein im letzten Jahr sind Mittel von über 30 Mrd. Euro nicht wie geplant abgeflossen.

Erneut eine **Notsituation im Rahmen der Schuldenbremse** auszurufen wäre haushaltstechnisch **unnötig und verfassungswidrig**. Denn angesichts eines Haushaltsvolumens von knapp 500 Milliarden Euro beeinträchtigen drei Milliarden Euro unsere Staatsfinanzen nicht erheblich. Zum anderen stünde es auch im klaren Konflikt mit dem Grundgesetz, denn laut Verfassungsexperten liegt eine solche außergewöhnliche Notsituation nicht vor. Das bestätigte jüngst auch ein entsprechendes Gutachten.